

Niederschrift öffentlicher Teil

11. Sitzung des Jugendhilfeausschusses der Stadt Mayen

Sitzungstermin:	Donnerstag, 02.11.2017
Sitzungsbeginn:	17:04 Uhr
Sitzungsende:	19:05 Uhr
Ort, Raum:	Sitzungssaal des Rathauses Rosengasse

Das Ergebnis der Beratung ergibt sich aus den Anlagen, die Bestandteil dieser Niederschrift sind.

Vorsitzende(r)

Schriftführer

Anwesend sind:Vorsitzende

Frau Martina Luig-Kaspari SPD

Mitglieder

Frau Erika Bertram Kinderschutzbund
 Herr Peter Degen
 Frau Simone Dumont-Knopp Grundschule St.Veit
 Frau Iris Emmerich Kath. Familienbildungsstätte
 Frau Marion Falterbaum CDU
 Herr Hans-Jürgen Fritzen SPD
 Herr Manfred Fuchs DJK Mayen
 Herr Max Göke CDU
 Herr Jonas Hürter
 Herr Willi Kaspari FWM
 Frau Sonja Lauterbach Caritas
 Herr Thomas Mintenig Jugendamt der Stadt Mayen
 Herr Günter Müller SKM Mayen
 Herr Karl-Heinz Müller Mayener Bogenschützen
 Frau Kirstin Müller Vertreter Agentur für Arbeit
 Frau Karin Richard KiTa gGmbH

Anwesend bis ca. 18.30
Uhr.

Herr Dirk Schmitz Lebenshilfe

Anwesend bis ca. 18.30
Uhr.

Frau Anne Schnütgen
 Frau Sarah Schönberg FWM
 Herr Werner Steffens Caritasverband
 Frau Metje Steinau Evangelische Kirche
 Herr Siegmund Stenner SPD
 Frau Bärbel Weinert-Velten FDP

Anwesend ab ca. 17.20 Uhr.

stellv. Mitglied

Herr Martin Reis CDU

Als Vertreter für Frau
Knabe.

Herr Andy Weber

Ratsmitglied

Frau Doris Laux SPD

Als Vertreterin für Herrn
Klein.

Herr Hans-Georg Schönberg FWM

Anwesend als Besucher.

Von der Verwaltung

Frau Sandra Dietrich-Fuchs
 Frau Dorothee Hennerici
 Herr Andreas Seiler

Entschuldigt fehlt/fehlen:Mitglieder

Frau Regina Freisberg Jugendhilfezentrum Bernardshof
 Herr Dieter Hoben
 Frau Marita Hück

Herr Frank Klein	SPD
Frau Hannelore Knabe	CDU
Herr Bernhard Schmickler	
Herr Michael Schönberg	Gesundheitsamt Mayen
Frau Ivonne Weber-Gras	
Frau Christel Winkel	Elternvertretung

Frau Margreth Kühner-Pustrowski Jobcenter Landkreis Mayen-Koblenz

Der Vorsitzende begrüßt die Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Tagesordnung:

- 1 Niederschrift der letzten Sitzung
- 2 Bericht über die Ausführung gefasster Beschlüsse und Beantwortung von Anfragen
- 3 Mitteilungen der Verwaltung
- 3.1 Vereinbarung über die Umsetzung der Kostensenkungsbeschlüsse des Bistums Trier für die Einrichtungen der Kita gGmbH in der Stadt Mayen
Vorlage: 4912/2017
- 3.2 Renovierungsarbeiten Kindertagesstätte St. Barbara
Vorlage: 4947/2017
- 4 Fortschreibung Bedarfsplan 2017/2018
Vorlage: 4936/2017
- 5 Strukturelle Veränderungen in der städtischen Kindertagesstätte Alzheim
Vorlage: 4788/2017
- 6 Strukturelle Veränderungen in der städtischen Kindertagesstätte Hausen
Vorlage: 4789/2017
- 7 Strukturelle Veränderungen in der städtischen Kindertagesstätte Kürrenberg
Vorlage: 4932/2017
- 8 Erhöhung der Ganztagsplätze in der Integrativen Kindertagesstätte der Lebenshilfe
Vorlage: 4956/2017
- 9 Zuschuss zur Beseitigung von Elektromängeln an der Kindertagesstätte St. Josef Am Taubenberg
Vorlage: 4940/2017
- 10 Einstellung einer sozialpädagogischen Fachkraft für die Migrationsarbeit im städtischen Jugendhaus
Vorlage: 4933/2017
- 11 Richtlinien der Stadt Mayen über die Betreuung in Kindertagespflege und Gewährung von Leistungen im Zuständigkeitsbereich der Stadt Mayen
Vorlage: 4931/2017
- 12 Satzung über die Heranziehung zu einem Kostenbeitrag für die Inanspruchnahme von Kindertagespflege gem. §§ 23, 24 SGB VIII
Vorlage: 4930/2017
- 13 Anpassung der Elternbeiträge für Krippenplätze
Vorlage: 4935/2017
- 14 Fortführung der Schulsozialarbeit an den Mayener Grundschulen
Vorlage: 4944/2017
- 15 Fortführung der Schulsozialarbeit an der BBS Mayen
Vorlage: 4945/2017
- 16 Haushaltsentwurf 2018 für das Jugendamt, Bereich 2.3
Vorlage: 4934/2017
- 17 Verschiedenes

Protokoll:**zu 1 Niederschrift der letzten Sitzung**

[Ausschussmitglied Bertram bittet, Sie bei der letzten Sitzung in der Niederschrift als „entschuldigt“ aufzuführen. Entsprechendes wird zugesagt.]

Die Niederschrift gilt darüber hinaus in der vorgelegten Form als genehmigt.]

zu 2 Bericht über die Ausführung gefasster Beschlüsse und Beantwortung von Anfragen

[Es liegen keine auszuführenden Beschlüsse oder Anfragen aus der letzten Sitzung vor.]

zu 3 Mitteilungen der Verwaltung

[Es liegen keine Mitteilungen der Verwaltung vor.]

**zu 3.1 Vereinbarung über die Umsetzung der Kostensenkungsbeschlüsse des Bistums Trier für die Einrichtungen der Kita gGmbH in der Stadt Mayen
Vorlage: 4912/2017**

[Die Ausschussmitglieder nehmen die Vorlage zur Kenntnis.]

**zu 3.2 Renovierungsarbeiten Kindertagesstätte St. Barbara
Vorlage: 4947/2017**

[Ausschussmitglied Stenner führt an, dass es unverständlich ist, dass Gelder in dieser Größenordnung seit zwei Jahren im Haushalt bereit stehen und die Renovierungsmaßnahmen in der Kindertagesstätte nicht durchgeführt werden, obwohl dringende Dinge anstehen.]

In diesem Zusammenhang weist er auch auf die notwendige Überarbeitung der Baurichtlinien hin.

Die Vorsitzende führt an, dass die Baurichtlinien in der kommenden AG Kindertagesstätten Ende November Thema sein werden. In der nächsten Sitzung sollen die Richtlinien sodann durch den Jugendhilfeausschuss verabschiedet werden.

Ratsmitglied Reis stimmt den Ausführungen von Herrn Stenner zu.

**zu 4 Fortschreibung Bedarfsplan 2017/2018
Vorlage: 4936/2017**

Ratsmitglied Reis fragt nach, wie viele Plätze derzeit tatsächlich fehlen und ob die Versorgung mit Ganztagsplätzen ausreicht, wenn man hierbei eine Versorgungsquote von 50% anstrebt.

Die Vorsitzende sowie Herr Seiler nehmen hierzu Stellung.

Ausschussmitglied Stenner spricht die Problematik der Soldaten an, welche teilweise sehr kurzfristig nach Mayen versetzt werden und dann vor dem Problem der Kinderbetreuung stehen.

Er bittet in diesem Zusammenhang die Verwaltung, Kontakt mit der Bundeswehr aufzunehmen und diese Problematik dort zu besprechen. Auch das Thema Betriebskindergarten der Bundeswehr sollte hierbei zur Sprache kommen.

Ausschussmitglied Steffens regt an, dass die derzeit aktiven Träger in den weiteren (Bedarfs-) Planungsprozess mit eingebunden werden sollten.

Die Vorsitzende sagt dies zu.

Ausschussmitglied Weinert-Velten teilt mit, dass es aus ihrer Sicht schlecht ist, dass die Öffnungszeiten im Teilzeitbereich vormittags überwiegend nur bis 12.00 Uhr gehen. Sie fände es sinnvoller und dem Bedarf der Berufstätigen entsprechender, wenn die Öffnungszeiten mittags bis 13.00 Uhr gehen würden.

Frau Dietrich-Fuchs erläutert die Gründe. Ebenso teilt sie mit, dass Bedarfsabfragen in diesem Zusammenhang durchgeführt wurden.

Frau Steinau sowie Frau Richard nehmen zu den Ausführungen von Frau Weinert-Velten ebenfalls Stellung.

Ausschussmitglied Kaspari fragt an, warum die Spiel- und Lernstuben bei dem Bedarfsplan nicht im Ist- Bestand enthalten sind? Diese Plätze, so Herr Kaspari, könnten ggfls. den Bedarf an Hortplätzen abdecken.

Herr Seiler teilt hierzu mit, dass man die Räumlichkeiten und den Personalbestand in den beiden Spiel- und Lernstuben vorab in diesem Zusammenhang genau betrachten müsse. Das war für den jetzigen Bedarfsplan zeitlich nicht mehr machbar, wird aber für den Bedarfsplan im kommenden Kindergartenjahr 2018/2019 ins Auge gefasst.

Des Weiteren fragt Ausschussmitglied Kaspari, inwieweit die 24 Plätze, welche im heilpädagogischen Bereich des Kindergartens der Lebenshilfe durch Mayener Kinder belegt werden bei dem errechneten Bedarf von 83 Plätzen Berücksichtigung gefunden haben.

Frau Dietrich- Fuchs erläutert hierzu, dass die 24 Plätze in dem errechneten Bedarf von 83 Plätzen enthalten sind.

Ebenso fragt Ausschussmitglied Kaspari, ob die Tagespflegeplätze im Ist-Bestand mit eingerechnet sind; dies werde, so Herr Kaspari in verschiedenen Jugendamtsbezirken unterschiedlich gehandhabt.

Herr Seiler erläutert kurz, dass die Tagespflegeplätze bei uns berücksichtigt sind.

Ausschussmitglied Schnütgen fragt, warum die Sprachförderung derzeit nicht in mehr Kindertagesstätten durchgeführt wird.

Frau Dietrich-Fuchs sowie Herr Seiler erläutern dies kurz. |

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss beschließt die vorgelegte Fortschreibung der

Kindertagesstättenbedarfsplanung für das Jahr 2017/2018.

Gleichzeitig beauftragt der Jugendhilfeausschuss die Verwaltung, Maßnahmen zur Deckung des Platzbedarfs in die Wege zu leiten.]

]]

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 13.
Ablehnung: .
Enthaltung: 1.]

**zu 5 Strukturelle Veränderungen in der städtischen Kindertagesstätte Alzheim
Vorlage: 4788/2017**

Ausschussmitglied Göke fragt, wie die Ganztagsplätze in den Kindertagesstätten vergeben werden.

Frau Dietrich-Fuchs erläutert dies kurz.

Ausschussmitglied Schönberg fragt an, ob die räumlichen Gegebenheiten in den drei städtischen Kindertagesstätten so sind, dass die geplanten Umstrukturierungen ohne weitere Umbaumaßnahmen durchgeführt werden können.

Dies wird seitens der Vorsitzenden bestätigt.]

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss beschließt, die Ganztagsplätze in der Einrichtung von derzeit 24 auf 34 zu erhöhen und eine kleine altersgemischte Gruppe in eine geöffnete Gruppe umzuwandeln.

Zur Durchführung dieser Maßnahmen sowie zur Aufrechterhaltung der bedarfsgerechten Betreuungszeiten sind personelle Veränderungen notwendig.

Diese personellen Veränderungen stehen unter dem Vorbehalt einer Beschlussfassung durch den Stadtrat.]

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 13.
Ablehnung: .
Enthaltung: 1.]

**zu 6 Strukturelle Veränderungen in der städtischen Kindertagesstätte Hausen
Vorlage: 4789/2017**

Ausschussmitglied Schmitz ist bei der Beratung und Beschlussfassung nicht im Sitzungssaal anwesend.]

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss beschließt, die Ganztagsplätze in der Einrichtung von derzeit 24 auf 34 zu erhöhen und eine kleine altersgemischte Gruppe in eine geöffnete Gruppe umzuwandeln.

Zur Durchführung dieser Maßnahmen sowie zur bedarfsgerechten Aufrechterhaltung der

Betreuungszeiten sind personelle Veränderungen notwendig.

Diese personellen Veränderungen stehen unter dem Vorbehalt einer Beschlussfassung durch den Stadtrat.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: einstimmig.

Ablehnung: .

Enthaltung: .]

**zu 7 Strukturelle Veränderungen in der städtischen Kindertagesstätte Kürrenberg
Vorlage: 4932/2017**

Ausschussmitglied Schmitz ist bei der Beratung und Beschlussfassung nicht im Sitzungssaal anwesend.]

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss beschließt, die Ganztagsplätze in der Einrichtung von derzeit 24 auf 34 zu erhöhen.

Zur Durchführung dieser Maßnahme sowie zur Aufrechterhaltung der bedarfsgerechten Betreuungszeiten sind personelle Veränderungen notwendig.

Diese personellen Veränderungen stehen unter dem Vorbehalt einer Beschlussfassung durch den Stadtrat.]

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: einstimmig.

Ablehnung: .

Enthaltung: .]

**zu 8 Erhöhung der Ganztagsplätze in der Integrativen Kindertagesstätte der Lebenshilfe
Vorlage: 4956/2017**

Ausschussmitglied Dirk Schmitz ist während der Beratung und Beschlussfassung nicht im Sitzungssaal anwesend.

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss beschließt, die Erhöhung der Ganztagsplätze in der Integrativen Kindertagesstätte der Lebenshilfe von derzeit 30 auf 40 Plätze und die Übernahme des städtischen Zuschusses für die damit verbundene notwendige Stellenerhöhung im Umfang von 0,25 Stellen.

Die Bewilligung steht unter dem Vorbehalt, dass der Träger seinen Trägeranteil für das eingestellte Personal jetzt und in der Zukunft gemäß den gesetzlichen Vorgaben leisten kann und wird.]

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: einstimmig.
 Ablehnung: .
 Enthaltung: .]

**zu 9 Zuschuss zur Beseitigung von Elektromängeln an der Kindertagesstätte St. Josef Am Taubenberg
 Vorlage: 4940/2017**

Ratsmitglied Reis äußert kritisch, dass zwischen der Datierung des Antrags und dem Eingang bei der Stadtverwaltung eine sehr große Zeitspanne liegt. Es erscheint verwunderlich, dass in dieser großen Zeitspanne keiner von der Rendantur bei der Verwaltung nach dem Sachstand gefragt hat. Ratsmitglied Reis teilt mit, dass sich die CDU bei der Abstimmung enthalten wird.

Ausschussmitglied Göke hinterfragt kritisch, warum sicherheitsrelevante Mängel nicht unverzüglich behoben werden.

Ausschussmitglied Stenner äußert sich ebenfalls kritisch dahingehend, dass sicherheitsrelevante Mängel nicht unverzüglich behoben werden.

Er wünscht eine Auflistung, was genau repariert bzw. instand gesetzt werden soll
 Auch die SPD, so Herr Stenner, wird sich bei der heutigen Beschlussfassung enthalten.

Auch Ausschussmitglied Steinau sieht es so, dass sicherheitsrelevante Mängel unverzüglich behoben werden müssen.

Ausschussmitglied Steffens plädiert dafür, dem Beschlussvorschlag zuzustimmen, da eine gewisse Frist, auch zur Behebung von sicherheitsrelevanten Mängeln die Regel ist.

Ausschussmitglied Stenner bittet um Überlassung des Protokolls der Sicherheitsüberprüfung, des Antrags der Rendantur sowie des Angebots der Fachfirma als Anlage zur Niederschrift

Herr Seiler teilt mit, dass man die Unterlagen, soweit rechtlich zulässig, zur Verfügung stellen wird.

Ausschussmitglied Stenner bittet, falls diese Unterlagen nicht der Niederschrift beigefügt werden dürfen, alternativ um Übersendung der Unterlagen an die Fraktionen für die Haushaltsberatungen. |

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss beschließt, der Katholischen Kirchengemeinde Herz Jesu, Mayen für die Beseitigung von Elektromängeln in der Kindertagesstätte St. Josef Am Taubenberg einen Zuschuss in Höhe von 65%, ausgehend von der Angebotssumme von 5.500,00 €, somit maximal 3.575,00 € zu gewähren.

Die Mittel werden für den Haushalt 2018 angemeldet.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 9
 Ablehnung: .
 Enthaltung: 5.]

zu 10 Einstellung einer sozialpädagogischen Fachkraft für die Migrationsarbeit im städtischen Jugendhaus

Vorlage: 4933/2017

Herr Mintenig erläutert kurz den Hintergrund des Antrags und die in diesem Zusammenhang stehende alltägliche Arbeit sowie die damit verbundenen Probleme.

Ausschussmitglied Lauterbach bietet die enge Zusammenarbeit mit dem Migrationsdienst an.

Ratsmitglied Reis begrüßt die Initiative zu diesem Antrag, da man möglichst früh mit der Integrationsarbeit anfangen müsse.

Er fragt des Weiteren an, ob die Möglichkeit besteht, herauszufinden, wie viele weibliche Flüchtlinge in der Stadt Mayen leben.

Die Vorsitzende sagt zu, hier Zahlen zusammenzustellen und diese als Anlage zur Niederschrift bekannt zu geben.

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss nimmt das Konzept zur Migrationsarbeit im städtischen Jugendhaus zustimmend zur Kenntnis und stimmt der Einstellung einer sozialpädagogischen Fachkraft mit einem Stellenanteil von 0,5 im Fall der Bewilligung des Förderantrags durch das Ministerium für die Dauer von zwei Jahren zu.

Diese personellen Veränderungen stehen unter dem Vorbehalt einer Beschlussfassung durch den Stadtrat.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: einstimmig.

Ablehnung: .

Enthaltung: .

**zu 11 Richtlinien der Stadt Mayen über die Betreuung in Kindertagespflege und
Gewährung von Leistungen im Zuständigkeitsbereich der Stadt Mayen
Vorlage: 4931/2017**

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss beschließt die der Beschlussvorlage 4931/2017 beigefügte Richtlinien der Stadt Mayen über die Betreuung in Kindertagespflege und Gewährung von Leistungen im Zuständigkeitsbereich des Stadtjugendamtes Mayen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: einstimmig.

Ablehnung: .

Enthaltung: .

**zu 12 Satzung über die Heranziehung zu einem Kostenbeitrag für die
Inanspruchnahme von Kindertagespflege gem. §§ 23, 24 SGB VIII
Vorlage: 4930/2017**

Die Vorsitzende stellt zur Diskussion, die in der Anlage 3 dargestellte Beitragstabelle um zwei weitere Einkommensstufen zu ergänzen.

Es herrscht einheitliche Zustimmung, so dass der Beschlussvorschlag wie folgt ergänzt wird:

„Der Stadtrat beschließt den beigefügten Satzungsentwurf der Stadt
Mayen über die Heranziehung zu einem Kostenbeitrag für die Betreuung in der Kindertagespflege
als Satzung.

Die Beitragstabelle wird auf Anregung des Jugendhilfeausschusses um zwei weitere
Einkommensstufen ergänzt. Die Gebührensteigerung soll dabei entsprechend der vorhandenen
Stufen gestaltet werden.“

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt dem Stadtrat folgenden Beschlussvorschlag mit Ergänzung:

Der Stadtrat beschließt den beigefügten Satzungsentwurf der Stadt
Mayen über die Heranziehung zu einem Kostenbeitrag für die Betreuung in der Kindertagespflege
als Satzung

Die Beitragstabelle wird auf Anregung des Jugendhilfeausschusses um zwei weitere
Einkommensstufen ergänzt.
Die Gebührensteigerung soll dabei entsprechend der vorhandenen Stufen gestaltet werden. |

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: einstimmig.
Ablehnung: .
Enthaltung: . |

**zu 13 Anpassung der Elternbeiträge für Krippenplätze
Vorlage: 4935/2017**

Die Vorsitzende schlägt analog zum Tagesordnungspunkt 12 vor, die Beitragstabelle um zwei
Stufen zu ergänzen.

Die Mitglieder des Jugendhilfeausschusses stimmen einstimmig der Ergänzung der Beitragstabelle
um zwei weitere Stufen zu. Die Gebührensteigerung soll dabei entsprechend der vorhandenen
Stufen gestaltet werden. |

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt dem Stadtrat folgenden Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt die neuen Krippenbeiträge ab dem 01.01.2018 wie folgt:

Einkommen Jahresnetto	monatl. Netto		ein Kind	zwei Kinder	drei Kinder
bis 18.400	1.533,33 €	5%	77,00 €	52,00 €	26,00
bis 24.000	2.000,00 €	5%	100,00 €	67,00 €	34,00
bis 30.000	2.500,00 €	5%	125,00 €	84,00 €	42,00
bis 36.000	3.000,00 €	5%	150,00 €	100,00 €	50,00
bis 42.000	3.500,00 €	5%	175,00 €	117,00 €	59,00
bis 48.000	4.000,00 €	5%	200,00 €	134,00 €	67,00
über 48.000	4.500,00 €	5%	225,00 €	150,00 €	75,00

Für Familien mit 4 oder mehr Kindern wird kein Beitrag erhoben.

Die Beitragstabelle wird auf Anregung des Jugendhilfeausschusses um zwei weitere Einkommensstufen ergänzt. Die Gebührensteigerung soll dabei entsprechend der vorhandenen Stufen gestaltet werden.]

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: einstimmig.

Ablehnung: .

Enthaltung: .]

**zu 14 Fortführung der Schulsozialarbeit an den Mayener Grundschulen
Vorlage: 4944/2017**

Ausschussmitglied Schmitz ist nicht mehr anwesend.

Ausschussmitglied Schnütgen hält es für sehr wichtig, dass sich die Kinder nicht jedes Jahr an andere Personen gewöhnen müssen, sondern dass hier eine gewisse Beständigkeit herrscht.

Man sollte die Träger darum bitten, nach Möglichkeit die Personen unbefristet einzustellen.

Ausschussmitglied Steffens sieht den jetzigen Beschlussvorschlag als erhebliche Verbesserung für alle Beteiligten an.

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt dem Stadtrat folgenden Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt die Schulsozialarbeit an den Mayener Grundschulen bis auf weiteres fortzuführen.

Voraussetzung hierfür ist, dass der Bedarf weiterhin gegeben ist.

Zur Dokumentation des Bedarfs wird jährlich bis zum Schuljahresende ein Bericht beim Jugendamt eingereicht.

Die Vereinbarung kann von beiden Kooperationspartnern jährlich mit einer Frist von 6 Wochen zum Schuljahresende beendet werden.

Der Jugendhilfeausschuss wird einmal jährlich mit dem Bedarf der Schulsozialarbeit befasst.]

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: einstimmig.
 Ablehnung: .
 Enthaltung: .]

zu 15 Fortführung der Schulsozialarbeit an der BBS Mayen Vorlage: 4945/2017

Ausschussmitglied Steffens verlässt seinen Platz und hält sich während der Beratung und Abstimmung in dem für die Zuhörer bestimmten Teil des Sitzungssaals auf.

Der Beschlussvorschlag der Verwaltung wird in zwei Punkten geändert:

1. Die Bezeichnung des Caritasverbandes ist nicht korrekt. Es muss heißen: Caritasverband Rhein-Mosel-Ahr e.V.
2. Des Weiteren wird der vorletzte Absatz geändert wie folgt: Bei Wegfall der Landeszuwendung kann die Vereinbarung von Seiten der Stadt Mayen mit einer Frist von 6 Wochen beendet werden; im Übrigen von beiden Seiten mit einer Frist von 6 Wochen.

Die Mitglieder des Jugendhilfeausschusses stimmen einstimmig den Änderungen zu.

Im Anschluss wird über den geänderten Beschlussvorschlag abgestimmt. |

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt dem Stadtrat folgenden geänderten Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt, die bestehende 1,0 Stelle Schulsozialarbeit an der BBS Mayen bis auf weiteres fortzuführen.

Kooperationspartner für die Durchführung der Schulsozialarbeit an der BBS Mayen sind der Caritasverband Rhein-Mosel-Ahr e.V. sowie die Barmherzigen Brüder Saffig.

Die Fortführung der Schulsozialarbeit ist gekoppelt an die jährliche Komplementärfinanzierung durch das Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur.

Bei Wegfall der Landeszuwendung kann die Vereinbarung von Seiten der Stadt Mayen mit einer Frist von 6 Wochen beendet werden; im Übrigen von beiden Seiten mit einer Frist von 6 Wochen.

Der Jugendhilfeausschuss wird einmal jährlich mit dem Bedarf der Schulsozialarbeit befasst. |

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: einstimmig.
 Ablehnung: .
 Enthaltung: .]

zu 16 Haushaltsentwurf 2018 für das Jugendamt, Bereich 2.3 Vorlage: 4934/2017

Aufgrund der in dieser Sitzung gefassten Beschlüsse schlägt die Vorsitzende den folgenden geänderten Beschlussvorschlag vor:

„Der Jugendhilfeausschuss nimmt die Haushaltsanmeldungen für das Jahr 2018 zustimmend zur Kenntnis und empfiehlt – ergänzt um die notwendigen Veränderungen aus den Beschlüssen zu den Tagesordnungspunkten 5 (Vorlage 4788/2017), 6 (Vorlage 4789/2017), 7 (Vorlage 4932/2017), 8 (Vorlage 4956/2017), 9 (Vorlage 4940/2017), 10 (Vorlage 4933/2017) und 13 (Vorlage 4935/2017) –

die weitere Beschlussfassung durch die städtischen Gremien.“

Die Mitglieder des Jugendhilfeausschusses stimmen bei einer Enthaltung für die Aufnahme der Änderungen in den Beschlussvorschlag.

Anschließend wird der geänderte Beschlussvorschlag zur Abstimmung gestellt. |

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss nimmt die Haushaltsanmeldungen für das Jahr 2018 zustimmend zur Kenntnis und empfiehlt – ergänzt um die notwendigen Veränderungen aus den Beschlüssen zu den Tagesordnungspunkten 5 (Vorlage 4788/2017), 6 (Vorlage 4789/2017), 7 (Vorlage 4932/2017), 8 (Vorlage 4956/2017), 9 (Vorlage 4940/2017), 10 (Vorlage 4933/2017) und 13 (Vorlage 4935/2017) – die weitere Beschlussfassung durch die städtischen Gremien.]

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 13.
Ablehnung: .
Enthaltung: 1.]

zu 17 Verschiedenes

[Ausschussmitglied Kaspari fragt an, ob es bereits einen Sitzungsplan für das Jahr 2018 gibt. Die Vorsitzende teilt mit, dass ein solcher noch nicht in der Endfassung vorliegt.

Ausschussmitglied Stenner bittet darum, bei umfangreichen Sitzungen künftig um etwas zeitigere Übersendung der Sitzungsunterlagen.

]